

**Nr.** XIX. GP-NR  
1359 /J  
1995 -06- 2 2

## ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Dipl. Ing. Walter Lüftl - Verdacht auf NS-Wiederbetätigung

Im bundesdeutschen rechtsextremen Grabert - Verlag wurde ein Buch mit dem Titel "Grundlagen zur Zeitgeschichte - Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts" veröffentlicht. Herausgeber dieses Buches ist ein gewisser Ernst Gauss. Dieser ist in Wirklichkeit Germar Rudolf, der derzeit in der "revisionistischen" Szene eine bedeutende Rolle spielt und dessen "Gutachten" in neonazistischen Kreisen als wichtiger "Beweis" für die "Nichtexistenz" des Holocaust und für die "Unmöglichkeit" des Einsatzes von Gaskammern zur Ermordung von Menschen in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern dient. Gegen Rudolf, dem die Wiener Staatsanwaltschaft in ihrem das Verfahren gegen Dipl. Ing. Walter Lüftl betreffenden Einstellungsbericht (ausgestellt am 14.2.1994) an die Oberstaatsanwaltschaft Wien unverständlicherweise bescheinigt, daß eine eindeutige Zuordnung seiner Person zur revisionistischen Szene in Deutschland nicht getroffen werden kann, läuft derzeit ein Prozeß wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Grundlage der Anklage ist sein "Gutachten", in dem er die Massenvergasung im Vernichtungslager Auschwitz leugnet.

Im März dieses Jahres hat das baden-württembergische Landeskriminalamt bei einer Durchsuchung des Tübinger Grabert - Verlages mehr als 2000 Exemplare des Buches "Grundlagen zur Zeitgeschichte - Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts" beschlagnahmt. Nach Auffassung der Behörden erfüllt dieses Buch die Straftatbestände der Volksverhetzung und der Beleidigung. Sie leiteten daher gegen die Autoren und den Grabert - Verlag Ermittlungsverfahren ein. Einer dieser Autoren ist ein gewisser Werner Rademacher, der in diesem Buch einen Artikel unter dem Titel "Der Fall Lüftl oder: Die Justiz zur Zeitgeschichte" veröffentlichte. Die Fülle von konkreten und detaillierten Aussagen zur Person Lüftls und zu seinem "Gutachten" sowie die Veröffentlichung von Briefen, die mit großer Wahrscheinlichkeit aus Lüftls Besitz stammen, geben Anlaß zu dem Verdacht, daß entweder Lüftl selbst dem Autor Informationen und Unterlagen für das Zustandekommen dieses Artikels gegeben bzw. daß - laut Berichten aus der BRD - möglicherweise Lüftl selbst unter dem Pseudonym Walter Rademacher diesen Artikel verfaßt hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Sind Sie bereit zu veranlassen, daß von seiten der Staatsanwaltschaft Wien eine Überprüfung einer etwaigen Mitarbeit des Dipl. Ing. Walter Lüftl am Buch "Grundlagen zur Zeitgeschichte - Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts" und hier speziell am Artikel "Der Fall Lüftl oder: Die Justiz zur Zeitgeschichte" erfolgt?  
Wenn nein, warum nicht?
2. Sind Sie bereit zu veranlassen, daß ein Ansuchen um Amtshilfe bei den dafür zuständigen bundesdeutschen Behörden gestellt wird, um zu klären, ob und in welcher Form Lüftl an dem Zustandekommen des Buches "Grundlagen zur Zeitgeschichte - Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts" beteiligt ist.?  
Wenn nein, warum nicht?
3. Sollte sich der Verdacht einer Mitarbeit Lüftls an diesem Buch in Form von Zurverfügungstellen von Materialien erhärten bzw. sollte sich herausstellen, daß Lüftl selbst der Autor ist, ist dann mit einer neuerlichen Einleitung eines Verfahrens wegen des Verbrechens nach § 3 h VerbotsG gegen Lüftl zu rechnen?  
Wenn nein, warum nicht?
4. Wie beurteilen Sie angesichts der führenden Rolle Germar Rudolfs in den "revisionistischen" Kreisen die Behauptung der Wiener Staatsanwaltschaft in ihrem Vorhabensbericht in der Causa Lüftl, daß eine eindeutige Zuordnung seiner Person zu dieser Szene in Deutschland nicht getroffen werden kann?  
Teilen Sie in diesem Punkt die Auffassung der Staatsanwaltschaft Wien?  
Wenn ja, warum?
5. Wenn nein, halten Sie es für notwendig, daß bei den Justizbehörden zu den Themen "Revisionismus" und Neonazismus eine verbesserte Ausbildung erfolgen soll, um z.B. in Zukunft solche für die österreichische Justiz peinliche Aussagen zu vermeiden?